



N i e d e r s c h r i f t

19. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit

Sitzungstermin: Montag, 12.11.2012
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 22:15 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Rosemarie Jahn

Herr Raimund Schulz

Herr Peter Gloger

Frau Ute Algier

Herr René Bülow

Frau Angelika Hahn-Fricke

Frau Ingrid Helmrich

ab 18:45 (TOP 3.1) bis 22:05 (TOP 4.2)

Herr Uwe Voss

bis 20:15 (TOP 3.3)

Herr Volker Bruß

Herr Gerd-Rainer Busch

Vertretung für: Herrn Sass-Olker,
Hans-Jürgen

Herr Gerd Günther

Herr Jens Wersig

Herr Holger Weihe

ab 18:15 Uhr (TOP 1)

Herr Joachim Behm

KT-Abg. als Gast

Frau Ingrid Olef

KT-Abg. als Gast

Herr Henning Wulf

KT-Abg. als Gast

Frau Grandt, FBL Zentrale Steuerung

Herr Schröder, FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr

Herr Dr. Warlies, FBL Gesundheit für Mensch und Tier

Frau Dr. Hakimpour-Zern, FDL Gesundheit

Frau Ketzner, FDL Feuerwehrwesen Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Herr Krüger, FDL Verkehrsordnung, Ahndung von Verkehrsowi, Fahrschulen/Fahrerlaubnisse

Frau McGregor, FDL Finanzen

Herr Meenen, FDL Ausländer- und Asylangelegenheiten

Herr Petry, FDL Umweltmedizin und Seuchenhygiene

Frau Schröder, FDL Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Sie begrüßt die anwesenden Gäste.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es stellen sich zwei Herren als Vertreter der Kisdorfer Bürgerinitiative „Lärm macht krank“ vor und berichten über ihr Problem. Die L 233 befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Bebauung. Hier sei eine Höchstgeschwindigkeit von 100km/h zugelassen, was zu einer gesundheitsbelastenden Lärmbelastung führe. Es wird über Lärmmessungen berichtet. Herr Krüger führt aus, dass es am 11.10.2012 eine Verkehrsschau mit dem Bürgermeister, der Polizei und der Verkehrsaufsicht gegeben habe, die das Ergebnis gebracht habe, dass die Verkehrsregeln nicht zu beanstanden seien. Herr Krüger erklärt, dass entscheidend errechnete Werte seien, da Messwerte u.a. tageszeitabhängig seien.

Die Bürgerinitiative überreicht dem Ausschuss einen Fragenkatalog, der als Anlage an diese Niederschrift geht. Herr Busch reicht weitere Unterlagen in dieser Angelegenheit, die als Anlage an diese Niederschrift gehen. Herr Krüger wird ein Gespräch mit der Bürgerinitiative führen. Herr Busch spricht die Verkehrssituation um die Herrenmühle an. Er hält die aktuelle Situation für gefährlich. Herr Krüger erklärt, welche Voraussetzungen an das Aufstellen einer Ampel gebunden sind und dass sich hier ein Ahndungsproblem ergeben könne.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es werden keine Einwände gegen die Tagesordnung erhoben. Damit ist diese genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2012

Die Vorsitzende führt aus, dass in der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2012 Frau Hahn-Fricke und Herr Sass-Olker in der Anwesenheitsliste nicht auftauchen, obwohl beide an der Sitzung teilgenommen haben. Frau Hahn-Fricke erwähnt, dass sie in der Sitzung am 03.09.2012 angeregt habe, dass in der nächsten Sitzung der Tierschutz ein Thema sein könne. Sie bittet darum, diese Anregung in die Niederschrift aufzunehmen. Mit diesen Ergänzungen ist die Niederschrift vom 03.09.2012 genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Vortrag zum Suchthilfeplan im Kreis Segeberg - Dr. Hans-Jürgen Tecklenburg, Ambulante und Teilstationäre Suchthilfe, Suchtberatungsstelle Kaltenkirchen

Herr Dr. Tecklenburg stellt sich vor und führt in den Suchthilfeplan 2012 ein. Seine PowerPoint-Präsentation geht als Anlage an diese Niederschrift.

Auf Nachfrage von Herrn Gloger führt Herr Dr. Tecklenburg aus, dass den Jugendlichen, die aufgrund ihres exzessiven Trinkens eine Alkoholvergiftung erleiden, oft gar nicht bewusst ist, was sie zu sich nehmen. Oft ergebe sich dies aus einem Zusammenspiel zwischen Mut und dem Ausprobieren. Jugendliche, deren Eltern dieses Verhalten nicht wahrnehmen oder aufgrund eigener Probleme zu beschäftigt sind, seien stärker gefährdet, alkoholabhängig zu werden. Auf Nachfrage von Herrn Behm erklärt Herr Dr. Tecklenburg, dass sich das Risiko für Menschen, die bereits als Fötus Abhängigkeiten ausgesetzt wurden, für Abhängigkeiten erhöhe. Die Vorsitzende dankt Herrn Dr. Tecklenburg für seinen Vortrag.

Frau Dr. Hakimpour-Zern macht auf den Workshop „Psychosoziale Unterstützung Kinder kranker Eltern“ am Mittwoch, den 14.11.2012, aufmerksam.

zu 3.2 Aktuelle Aufgabenentwicklung in der Kreisverwaltung Segeberg; hier: notwendige Stellenbesetzungen in 2013
Vorlage: DrS/2012/105-1

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Vorlage im Zusammenhang mit den Budgetberatungen zu behandeln.

zu 3.3 Budget 2013
Vorlage: DrS/2012/120

Herr Dr. Warlies erklärt für den Fachbereich IV das Organigramm und den Produktplan. Er erklärt, dass der Fachbereich IV Leistungen erbringe, bei denen die Personalkostenerstattung des Landes aber im Fachbereich III verbucht werde (S. 65 Position 2). Herr Dr. Warlies geht auf das Investitionsprogramm (S. 97) ein. Es handele sich um Ersatzbeschaffungen. Hier bestehe über Jahre eine Kontinuität. Herr Dr. Warlies geht auf die Finanzrisiken (S. 111) ein. Es seien Verfahrensrückstellungen aufgrund eines Rechtsstreites mit einem großen Schlachtbetrieb in Höhe von 5.350.000 Euro gebildet worden. Daneben müssten 5.750.000 Euro für laufende Widersprüche, die noch nicht beim Verwaltungsgericht anhängig sind, berücksichtigt werden.

Herr Dr. Warlies führt aus, dass es insgesamt einen Stellenmehrbedarf von 1,2 Stellen für den Fachbereich IV im Teilplan 4141 gebe.

Herr Dr. Warlies erklärt, dass der Gesamtzuschussbedarf für den Fachbereich IV im Vorjahr bei 7.547.500 Euro gelegen habe und für 2013 bei 7.969.800 Euro liege. Es ergebe sich eine Differenz in Höhe von 422.300 Euro, wovon bereits 340.000 Euro für die zusätzlichen Personalkosten erforderlich seien.

Teilplan 1223; S. 529 ff.

Die Verwaltungsgebühren seien von 128.000 Euro auf 135.000 Euro erhöht worden, da hier eine Anpassung an die Entwicklung erforderlich ist. Frau McGregor erklärt auf Nachfrage, dass in den Steigerungen der sonstigen Beschäftigungsentgelte die Kosten für nebenamtlich Beschäftigte enthalten seien. Herr Dr. Warlies erklärt, dass sich der Ansatz für das Krisenzentrum Tierseuchen von 4.000 Euro in 2012 auf 24.000 Euro in 2013 erhöht habe. Ab 01.01.2013 gebe es eine neue Tötungsverordnung. Für die sich hieraus ergebenden neuen Anforderungen an die Bestandstötung werde ein Vertrag mit einem professionellen Unternehmen zu schließen sein, da weder geschultes Personal noch die technische Ausstattung zur Bewältigung einer großen Seuchentötung vorhanden seien. In einem solchen Vertrag würde festgehalten werden, dass das Unternehmen Kapazitäten für den Kreis fest einplant, so dass es in einem möglichen akuten Fall nicht zu Engpässen kommen würde. Der Fuhrpark sei aufgrund der Entwicklungen teurer geworden.

Teilplan 411; S. 535 ff.

Die Zuweisungen und Zuschüsse an die Krankenhäuser auf der Grundlage des Krankenhausfinanzierungsgesetzes seien von 3.876.800 Euro in 2012 auf 3.896.900 Euro in 2013 angestiegen. Dies liege am Einwohnerwert, der auf 14,98 Euro pro Einwohner deutlich gestiegen sei. Ebenso wurde eine Steigerung der Bevölkerungszahl von 2012 auf 2013 in der Planung berücksichtigt.

Teilplan 412; S. 539 ff.

In diesem Teilplan liege der Ansatz für Promotionspreise im Forschungszentrum Borstel als Wertschätzung für herausragende wissenschaftliche Arbeiten. 78.000 Euro seien für den Bereich Schwangerschaftskonfliktberatung, Sexualaufklärung sowie Mutter und Kind Stiftung eingeplant.

Teilplan 4141; S. 543 ff.

Herr Dr. Warlies führt aus, dass in diesem Teilplan der Stellenmehrbedarf von 1,2 Stellen liege. Dieser Mehrbedarf bestehe zum einen im Bereich des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes aufgrund des Anstiegs der Fallzahlen. Hier gebe es einen Anstieg von 0,7 auf 0,9 unter der lfd. Nummer 0.4141.009 im Stellenplan. Zum anderen bestehe der Mehrbedarf im Bereich der Trinkwasserkontrolle aufgrund der Änderung der Trinkwasserverordnung, da wesentlich mehr Betriebe zu erfassen und kontrollieren seien. Die Stelle ist unter der lfd. Nummer 0.4141.032 im Stellenplan ausgewiesen.

Herr Dr. Warlies erklärt auf Nachfrage von Herrn Gloger, dass die Verwaltungsgebühren nicht vollständig die Kosten decken können.

Teilplan 4142; S. 551 ff.

Herr Dr. Warlies berichtet über Mehreinnahmen bei den Verwaltungsgebühren. Die Erträge erhöhten sich von 1.316.000 Euro in 2012 auf 1.492.000 Euro in 2013. Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 92.200 Euro und die Gebühren der Fleischuntersuchung stiegen um 206.600 Euro. Die Erhöhung komme beispielsweise durch das Abführen einer Rückstandspauschale an das Landeslabor Schleswig-Holstein, die pro Rind von 0,39 Euro auf 1,68 Euro erhöht worden sei, zustande.

Die Vorsitzende stellt die Teilpläne mit den eingebrachten Änderungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2013 (Teilpläne 1223, 411, 412, 4141, 4142) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

angelehnt

Zustimmung: 4 Ablehnung: 5 Enthaltung: 2

Pause von 20:40 Uhr – 20:55 Uhr.

Teilplan 5712; S. 227 ff.

Herr Dr. Westphal berichtet, dass das Projekt MedCom über drei Jahre laufe. Das Gesamtvolumen des Projektes liege bei 458.400 Euro, davon trage das Zukunftsprojekt Wirtschaft 229.200 Euro, der Kreis Segeberg 145.200 Euro und die Kliniken Segebergs und Pinnebergs 84.000 Euro. Für 2013 liege der Gesamtertrag bei 113.000 Euro. Demgegenüber stehe der Aufwand in Höhe von 170.800 Euro, so dass sich ein Ergebnis in Höhe von 57.400 Euro ergebe, was in der mittelfristigen Finanzplanung auch berücksichtigt worden sei. Im Abrechnungsobjekt 5712200 ergebe sich eine Änderung. Hier müssten statt 167.400 Euro 51.300 Euro aufgenommen werden.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Dr. Westphal wohlwollend zur Kenntnis und bittet den Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur um Entscheidung.

zu 3.4 Budget 2013 Vorlage: DrS/2012/130

Herr Schröder erklärt, dass der Fachbereich II einen Zuschussbedarf in Höhe von 1.224.500 Euro hat.

Herr Schröder erklärt das Investitionsprogramm 2013 (S. 95 ff.). Im Pilotprojekt Geschwindigkeitsüberwachung sei das Anschaffen einer neuen mobilen und digitalen Verkehrsüberwachungsanlage geplant, da die bisherige Anlage ausgetauscht werden müsse. Es befinde sich daher hier ein Ansatz für 2013 in Höhe von 165.000 Euro. Der Ansatz im Brandschutz für den Digitalfunk müsse verschoben werden. Der Ansatz von 95.000 Euro könne auf das Jahr 2014 verschoben werden, da in 2013 die Ausschreibung beendet sein werde und dadurch in 2013 noch nicht die Kosten entstehen. Herr Schröder erklärt, dass der Ansatz im Rettungsdienst in

Höhe von 72.000 Euro bestehen bleiben solle, um sicherzustellen, dass die Leitstelle, die nächstes Jahr in die Digitalisierung gehe, auch angebunden werden kann. Der Ansatz für den Digitalfunk beim Katastrophenschutz in Höhe von 35.000 Euro könne auf das Jahr 2014 verschoben werden.

Zum Stellenplan auf Seite 131 erklärt Herr Schröder, dass ein Mehrbedarf im Bereich der Waffenbehörde von 2,5 Stellen erforderlich sei. Es gebe dort bereits befristet Beschäftigte, bei denen die Befristung verlängert werden müsse. Es müsse die sichere Aufbewahrung von Waffen überprüft werden. Bei dieser Überprüfung habe sich ein größerer Aufwand herausgestellt. Sofern der Kreis der Prüfung der sicheren Aufbewahrung aufgrund von Personalmangel nicht nachkomme, komme er seinen rechtlichen Pflichten nicht nach, so dass es im Falle eines Vorfalls aufgrund der mangelnden Überprüfung zu strafrechtlichen Konsequenzen kommen könnte. Im Bereich der Verkehrsordnungswidrigkeiten habe eine Organisationsuntersuchung ergeben, dass eine zusätzliche Stelle benötigt werde, um die Ordnungswidrigkeiten fristgerecht ahnden zu können. Andernfalls käme es zu Verfristungen und damit zu Einnahmeverlusten. Diese zusätzliche Stelle trage sich selbst, da aufgrund des Anstiegs der Fallzahlen entsprechende Mehreinnahmen zu erwarten seien.

Teilplan 1221; S. 267ff.

Aufgrund höherer Fallzahlen seien die Ansätze der Verwaltungsgebühren im Jagd- und Waffenwesen um 15.000 Euro auf 110.000 Euro und im Bereich der Ausländer- und Asylangelegenheiten um 5.000 Euro auf 185.000 Euro erhöht worden. Aufgrund niedrigerer Fallzahlen sei der Ansatz im Bereich der Bußgelder der Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten um 5.000 Euro zu senken. Bei den Personalaufwendungen komme es zu einer Steigerung aufgrund des zusätzlichen Stellenbedarfs und der Tarifentwicklung. Herr Schröder berichtet, dass es einen neuen Ansatz in Höhe von 1.000 Euro mit der Bezeichnung Repräsentationsaufwand gebe. Dieser sei für die Einbürgerungsfeiern in feierlichem Ambiente. Die Kosten für die Ausweisung von Ausländern könnten aufgrund des tatsächlichen Bedarfs um 2.000 Euro gesenkt werden. Der Ansatz der fachbezogenen Fortbildung müsse aufgrund rechtlicher Änderung und der Anpassung an den tatsächlichen Bedarf insgesamt um 1.700 Euro erhöht werden. Der Bürobedarf müsse aufgrund der Gebühren der Bundesdruckerei für die Erstellung der elektronischen Aufenthaltstitel um 14.200 Euro erhöht werden. Nach den ersten Erfahrungen sei nun eine verlässliche Kosteneinschätzung möglich. Die Ansätze für die Post- und Fernmeldegebühren, Bücher und Zeitschriften sowie Auslagen im Verwaltungszwangverfahren könnten aufgrund der Anpassung an den tatsächlichen Bedarf gesenkt werden.

Teilplan 1222; S. 275ff.

In der KFZ-Zulassung gebe es aufgrund gestiegener Fallzahlen eine Steigerung der Gebühreneinnahmen um 10.000 Euro. Der Ansatz sei ursprünglich um 10.000 Euro gesenkt worden, so dass im Haushaltsplan eine Erhöhung von 20.000 Euro zu verzeichnen sei. Aufgrund gestiegener Fallzahlen erhöhten sich die Ansätze der Kostenerstattung vom Land um 47.000 Euro, bei den Bußgeldern im Straßenverkehr um 60.000 Euro und bei den Bußgeldern Pilotprojekt Verkehrsüberwachung um 20.000 Euro. Aufgrund der Auswirkungen des Stellenplans falle der Ansatz der Personalaufwendungen höher aus.

Teilplan 126; S. 281ff.

Durch die Tarifentwicklungen erhöhten sich auch hier die Personalaufwendungen. Die Betriebskosten für den Digitalfunk seien für 2013 nur zu einem Viertel in Höhe von 6.000 Euro einzustellen, um sicherzustellen, dass im Falle des Entstehens von Betriebskosten diese auch bezahlt werden können. Aufgrund des Abschlusses eines Rufbereitschaftsvertrages für das Funknetz erhöhe sich der Ansatz der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens um 3.600 Euro. Herr Schröder erklärt, dass der Kostenbeitrag an den Kreisfeuerwehrverband um 7.000 Euro zu erhöhen sei, da durch die Einführung eines Ringtausches Lungenautomaten eine Mehrarbeit entstehe, die mit dem vorhandenen Personal nicht mehr geleistet werden könne. Für die Kreisfeuerwehrzentrale solle daher eine neue Stelle geschaffen werden. Die nicht abgedeckten Personalkosten würden durch den Zuschuss aufgefangen. Da die Entschädigungssätze für die Aufwandsentschädigung der Kreiswehrführung erhöht worden seien, sei dieser Ansatz um 800 Euro zu erhöhen.

Teilplan 127; S. 285ff.

Durch voraussichtlich erhöhte Kostenerstattungen der Krankenkassen für die Verwaltung des Rettungsdienstes steige der Ansatz der Erträge aus Kostenerstattungen um 60.000 Euro. Aufgrund der Tarifentwicklung seien auch in diesem Teilplan die Personalaufwendungen anzuheben. Die Betriebskosten für den Digitalfunk sollen wie im Teilplan 126 geviertelt werden, so dass nur 24.000 Euro einzustellen seien.

Teilplan 128; S. 289ff.

Aufgrund der tariflichen Entwicklung gebe es auch hier eine Erhöhung bei den Personalaufwendungen. Die Ansätze für die Dienst- und Schutzkleidung, besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, Haltung von Fahrzeugen, Mieten, Abschreibungen, Post- und Fernmeldegebühren, Fuhrparkpauschale sowie der Versicherung der Katastrophenschutzfahrzeuge würden aufgrund des tatsächlichen Bedarfs angepasst.

Frau McGregor erklärt, dass zurzeit versucht werde, eine Festmiete zu kalkulieren, damit die Miete nicht mehr so sprunghaft ist.

Die Vorsitzende stellt die Teilpläne mit den eingebrachten Änderungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2013 (Teilpläne 1221, 1222, 126, 127,128) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form (mit den eingebrachten Änderungen) zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 4 Ablehnung: 5 Enthaltung: 2

Daraufhin stellt die Vorsitzende die Teilpläne mit den eingebrachten Änderungen mit Ausnahme des Budgets für den Personalmehrbedarf zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2013 (Teilpläne 1221, 1222, 126, 127,128) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form (mit den eingebrachten Änderungen) mit Ausnahme des Budgets für den Personalmehrbedarf zur Beschlussfassung und nimmt den vorgelegten Stellenplan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

Die Vorsitzende stellt das gesamte Budget, welches im Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit behandelt wurde, zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2013 (Teilpläne 1221, 1222, 126, 127,128 und Teilpläne 1223, 411, 412, 4141, 4142) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form (mit den eingebrachten Änderungen) mit Ausnahme des Budgets für den Personalmehrbedarf zur Beschlussfassung und nimmt den vorgelegten Stellenplan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Quartalsbericht II/III

Herr Schröder berichtet, dass es nach dem III. Quartalsbericht voraussichtlich eine Verbesserung von mindestens 250.000 Euro geben werde.

Herr Dr. Warlies informiert, dass sich der Zuschussbedarf für seinen Bereich zum Jahresende voraussichtlich um 100.000 Euro bis 150.000 Euro verringern werde, was im II. Quartalsbericht auch schon absehbar gewesen sei.

zu 4.2 RPA-Bericht 2010-2011 über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg (FD II 32.00, FD II 38.00, FD IV 39.10, FD IV 39.20)

Auf Nachfrage von Herrn Gloger erklärt Herr Dr. Warlies, dass der RPA-Bericht nach Fertigstellung den Fachbereichen zur Stellungnahme vorgelegt werde und danach eine weitere Beurteilung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolge. Frau McGregor führt aus, dass generelle Feststellungen in die Kontrollliste aufgenommen würden und dass der Hauptausschuss quartalsweise über die Themen, die noch nicht abschließend abgearbeitet seien, informiert werde.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden verständigt sich der Ausschuss darauf, den RPA-Bericht im bereits bestehenden Arbeitskreis zu thematisieren. Der Arbeitskreis solle sich in seiner Sitzung im Dezember mit dem Bericht befassen. Der RPA-Bericht werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit abschließend behandelt.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Dr. Warlies berichtet über die Kündigung des Tierkörperbeseitigungsvertrages. Ein Vermerk geht hierzu als Anlage an diese Niederschrift.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Die Vorsitzende nimmt den RPA-Bericht als Thema für die nächste Sitzung mit. Herr Busch möchte, dass das Anliegen der Kisdorfer Bürgerinitiative in der nächsten Sitzung thematisiert wird. Die Vorsitzende schlägt vor, die nächste Sitzung in der Psychosomatischen Klinik in Bad Segeberg stattfinden zu lassen, so dass diese besichtigt werden kann. In Anlehnung an die Bemerkung von Frau Hahn-Fricke zu 2.2 wird ein Bericht zum Thema Tierschutz durch die Verwaltung erfolgen.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Rutz
(Protokollführerin)